

Die A m e i s e .



Organ des Verbandes der Porzellan-u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber u. Arbeitnehmer unentgeltlich. Techn. u. sozialpol. Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakt. u. Exped. Charlottenburg, Marchstr. 221.

Nr. 7.

Charlottenburg, den 16. Februar 1900

27. Jahrg.

Preisvereinigung deutscher Porzellanfabriken.

Die Voraussetzungen, welche wir zur Gründung obiger Vereinigung im Eingange unseres diesbez. Artikels in Nr. 6 dieses Blattes von uns gaben, sind diesmal nicht die richtigen gewesen. Denn in Nr. 6 des „Sprechsaals“ wird der Öffentlichkeit, also auch den Arbeitern, soweit sie dieses Blatt lesen, Kenntnis von der am 25. Januar geschehenen Gründung dieser Vereinigung gegeben. Keumüthig nehmen wir deshalb dasjenige, was wir über eine Geheimhaltung des Abkommens der Porzellanfabrikanten, insbesondere dasjenige, was wir bezügl. des amtlichen Organes derselben anführten zurück; jedoch halten wir die Veröffentlichung des Anschreibens der „Kommission der Preisvereinigung“ immerhin noch für richtig.

Wie wir in Nr. 6 bereits andeuteten, hatte man sich mit dem Gedanken einer 10 prozentigen Erhöhung der Verkaufspreise vertraut gemacht; wie nun aus dem Berichte des „Sprechsaals“ hervorgeht, hatte der größte Theil besserer Detailgeschäfte der Porzellanbranche, in einer Resolution an den Vorsitzenden der Kommission das diesbez. Ersuchen um 10 pCt. Erhöhung gestellt.

Die am 25. Jan. tragende Generalversammlung der Vereinigung fand diesen geforderten Aufschlag aber zu hoch und beschloß wohl eine Grenze festzusetzen bezügl. Minimalpreise, jedoch wurde nur ein Preisaufschlag von 5 pCt. festgesetzt.

Wenn besonders hervorgehoben wird, daß die Abnehmerschaft, also die von den Porzellanfabrikanten Waare beziehende Kundschaft, völlig einverstanden mit der „Preisvereinigung“ ist, so können wir nicht begreifen, daß die Porzellanfabrikanten statt der geforderten 10 pCt. sich nur zu einem Aufschlag der Preise von 5 pCt. entscheiden konnten.

Es mag allerdings eine Erhöhung des Profites von 5 pCt. für die Fabrikanten schon ganz annehmbar sein, mit dem Verzicht auf weitere 5 pCt. dürfte aber für uns nun erst recht klar sein, daß von der ganzen Preisvereinigung bzw. Erhöhung, die Porzellan-

arbeiterschaft absolut nichts, gar keinen Vortheil haben soll.

Wenn eine 5prozentige Besserstellung den Fabrikanten ohne Weiteres, trotz ihrer bedeutend besseren „Lebens- und Existenzbedingungen“ zugestanden, resp. gegönnt werden kann, so wäre es unseres Dafürhaltens aber doch ein „Auswaschen“ gewesen, wenn man gleichzeitig „seinen“ Arbeitern ebenfalls die Vortheile einer 5prozentigen Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Verdienste hätte zukommen lassen.

Und weil darauf nicht Bedacht genommen worden ist, so dürften unsere weiteren Ausführungen in Nr. 6 d. Bl. erst recht am Platze sein, sie müßten von den Porzellanarbeitern erst recht beherzigt werden.

Mit der Möglichkeit, daß etwa die Fabrikanten von den 5 pCt. aus eigenem Antriebe den Arbeitern etwas zu Gute kommen lassen, dürfen wir nicht rechnen; die Lebensarten von den in die Höhe gegangenen Arbeitslöhnen sind ja bekannt und nach wie vor wird seitens der Fabrikanten dem Standpunkte gehuldigt werden, daß es den Arbeitern noch allzu gut gehe, daß diese keineswegs eine Erhöhung ihrer Einkünfte bedürfen.

Es wird deshalb nur an den Arbeitern selbst liegen, wenn sie trotzdem ihren gerechten Ansprüchen Geltung verschaffen, die Anerkennung derselben erringen wollen. Und die Worte der „Kommission für die Preisvereinigung der Porzellanfabrikanten“ an jene Fabrikanten, „die die Tragweite eines gemeinsamen Vergehens noch nicht voll erkannt haben“ und von denen erhofft wird, „daß sie sich der Einsicht nicht verschließen werden, daß ihre Bestrebungen nur dann gewahrt sind, wenn sie sich der Allgemeinheit anschließen“, sie sind das A und O auch unserer Bemühungen nach Erringung besserer Arbeitsbedingungen.

„Auch dem Interesse der zahlreichen Arbeiterschaft kommt die auf sichere Grundlage geschaffene Vereinigung entgegen, indem sie den Bestand der Porzellanindustrie befestigt und die Arbeitsangelegenheit sichert“, heißt es im Berichte des „Sprechsaals“.

An den Bestand der Porzellanindustrie, an der Sicherung der Arbeitsgelegenheit haben

allerdings die Arbeiter großes Interesse; was nützt ihnen aber alles das, wenn sie beispielsweise bei flotter Geschäftszzeit sich ohne Rücksicht auf Geist und Körper mehr wie zu viel anstrengen müssen und dann doch nur einen ungenügenden Verdienst erzielen?

Es wäre ein dankbares Beginnen der Kommission gewesen, wenn sie auch für die Fabrikanten eine Grenze für Minimal-Arbeitslöhne festgesetzt und dadurch dem „Verband keramischer Gewerke in Deutschland“ mit Bezug auf die seitens des Verbandes der Porzellanarbeiter ergangene „Anfrage“ vorgearbeitet hätte.

Nun, vielleicht schafft die in Aussicht stehende Vorstandssitzung des „Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland“ zu Anfang des nächsten Monats hierüber Klarheit. — Aus dem Berichte des „Sprechsaals“ geht noch hervor, daß der Sitz der Vereinigung Berlin ist und daß die Dauer der Vereinigung vorläufig auf 5 Jahre festgesetzt wurde. Vorstand ist der frühere Theilhaber der Firma P. Naddag u. Co., Berlin, Herr Wilhelm Blambek. Das Bureau der Vereinigung befindet sich Berlin SW., Endeplatz 4.

Der Aufsichtsrath besteht aus folgenden Herren: Direktor Ph. Rosenthal-Selb, 1. Vorsitzender. Kommerzienrath Koch-Vermsdorf, 2. Vorsitzender. Abt. Gutschenther-Hohenberg. Kommerzienrath Max Jakob-Blantenhain. Direktor Bacher-Woichenborf. Edmund Dielsch-Neu-Altwasser. Direktor E. Boßin-Königszell. Direktor C. Pöpler-Kahla. Carl Schaaff-Zell. Ernst Bauer-Niederlahbrunn. Eduard Mühlensfeld-Eisenberg. Direktor Friedr. Lukas-Oberhausen.

Am 1. Februar ist die Vereinigung bereits in Thätigkeit getreten.

Als Mitglieder gehören derselben folgende Firmen an:

Gebrüder Bauscher in Weida. Fürstenerberger Porzellanfabrik A. G. in Fürstenberg an der Weser. Porzellanfabrik Stadtlengsfeld M. Schweizer in Stadtlengsfeld. E. Mühlensfeld in Eisenberg. Franz Hohmann, Oberhausener Porzellanfabrik G. m. b. H. in Oberhausen. Porzellanfabrik Sorau N. L. Fr. Köhne in Sorau. Ulschneider u. Co. in Saargemünd. Paul Müller in Selb. Porzellanfabrik Kahla

A. G. in Kahla. Porzellanfabrik Schönwald in Schönwald. Karl Krüger in Waldenburg. Zwickauer Porzellanfabrik in Zwickau. Theodor Lehmann in Arzberg. J. Scherzer u. Co. in Rehdau. C. A. Lehmann u. Sohn in Kahla. C. Dielsch u. Co. in Altwasser. C. M. Hutschenreuther in Hohenberg. Buchauer Porzellanmanufaktur in Magdeburg-Buckau. Franz Krause in Nieder-Salzbrunn. Drechselu. Strobel in Marktrenten. Josef Hohmann in Düsseldorf. Carl Schaaff in Zell a. G. Porzellanfabrik Weingarten in Weingarten. Jasolt u. Stöckel in Blankenhain. Krautheim u. Abelberg in Selb. Porzellanfabrik Fraureuth A. G. in Fraureuth. Porzellanfabrik Moschendorf A. G. in Moschendorf. Porzellanfabrik Triptis A. G. in Triptis. Porzellanfabrik Königszelt A. G. in Königszelt. R. Steinhilber in Tiefenfurt. Jakob Zeidler u. Co. in Selb. Stieglauer Porzellanfabrik A. G. vorm. C. Walter u. Co. in Stanowitz. Georg Bodenstab in Freienort. Friedrich Kästner in Oberhohndorf. Heinrich Baensch in Zettin. Philipp Rosenthal u. Co. A. G. in Selb. Bauer, Rosenthal u. Co. in Kronach. Carl Alberti in Nilsch. Hermann Ohme in Nieder-Salzbrunn. Reisch u. Co. in Wunstedel. Herda, Hofinger u. Co. in Kloster-Wehra. H. Schmidt in Freiwaldau. Lorenz Hutschenreuther in Selb. Oskar Schaller u. Co. in Schwarzenbach. Josef Schachtel in Charlottenbrunn. Jaeger, Thomas u. Co. in Marktredwitz. Porzellanfabrik Kolmar A. G. in Kolmar.

Ämtlicher Theil.

An die Verbandsmitglieder.

Infolge des durch den österreichischen Bergarbeiterstreik hervorgerufenen Kohlenmangel sind an einigen Orten unsere Mitglieder zum völligen Feiern gezwungen und zwar in Freienort seit 15. Januar 25 Mitglieder; in Rehdau seit 22. Januar 39 Mitglieder; in Golditz seit 29. Januar 86 Mitglieder; in Hirschau seit 29. Januar 26 Mitglieder; in Hohenberg seit 27. Januar ? Mitglieder.

Dauert der Streik der Bergarbeiter in Oesterreich noch einige Zeit an oder greift er auf deutsches Gebiet über, dann wird die Zahl der Feiern und die Dauer der Beschäftigungslosigkeit sich erheblich steigern. Aus einigen Orten liegen schon diesbezügliche Ankündigungen vor.

Eingefandte Anträge auf Verbandsunterstützung mußten seitens des Vorstandes laut Statut abgelehnt werden. Es kann auch gar nicht die Aufgabe einer gewerkschaftlichen Organisation sein für dergl. Fälle aufzukommen. Es soll aber auch nicht verkannt werden, daß eine so umfassende und andauernde Beschäftigungslosigkeit eine schwere Kalamität für die davon Betroffenen bedeutet und unsere Beachtung erfordert. Wir appelliren daher an das kollegiale Gefühl der beschäftigten Mitglieder und ersuchen dieselben um freiwillige Zuwendungen.

Soweit Sammlungen nicht beliebt werden oder zu umständlich erscheinen, finden die Zahlstellen in den ihnen von den Verbandsbeiträgen verbliebenen 15 pCt. die Mittel zur Bethätigung ihres Opfersinnes.

Gelder sind zu senden an J. Bey, Charlottenburg, Marchstr. 22 I.

Die unterstützten Zahlstellen verpflichten

wir, uns ev. sofort Mittheilung zu machen, wann und in welchem Maße die Arbeit wieder aufgenommen wird. Der Vorstandsvorstand.

Folgende Zahlstellen haben mir den Vertrauensmann **nicht** gemeldet:

Darmen, Schmiedefeld.

Statistische Zählbogen fehlen **nicht** aus folgenden Zahlstellen vollständig: Königszelt, Sigendorf.

Aus folgenden Zahlstellen theilweise:

Köppelsdorf, Nürnberg-Fürth, Waldsassen.

Aus folgenden Einzelmitgliedschaften:

Angermünde, Gadderbaum, Gevelsberg, Höhr, Lübeck, Luckenwalde, Ludwigsburg, Lollar, Lünen, Mex. Offenbach, Solingen, Sörnewitz, Styrum, Thale, Wesel. G. Wollmann.

Aufforderung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatutes werden folgende Zahlstellen zur Einsendung der Abschlässe und Gelder pro 4. Quartal 1899 aufgefordert:

Arzberg, Berlin II, Bonn, Eigersburg, Gräfenhain, Kalk, Köppelsdorf, Kronach, Oberkötzig, Saargemünd, Sigendorf, Schauberg, Tettau, Waldenburg, Waldsassen, Weiden. J. Bey, Verbandskassirer.

(Siehe auch Beilage.)

Aus unserm Berufe.

In Wittenberg (Wittenberger Steingutfabrik G. m. b. H. Klein-Wittenberg) sind **Differenzen** zwischen den Drehern und der Direktion ausgebrochen!

Obige Fabrik gehört, wie aus dem in Nr. 1 des Blattes veröffentlichten Anschreiben der Preisvereinigung deutscher Steingutfabrikanten hervorgeht, ebenfalls zu dieser Vereinigung, die einen Aufschlag von 10 pCt. auf die Verkaufspreise beschlossen hat. Man hätte danach auf den Gedanken kommen können, etwas Gutes werden die Arbeiter doch auch von diesem Aufschlag haben, aber — gefehlt! Mit einer Lohnreduzierung hat man in Wittenberg den Drehern aufgewartet. Es handelt sich um Teller, für welche pro Hundert bislang 80 Pf. Arbeitslohn gezahlt wurde; diese Teller sollen um 1 cm kleiner hergestellt werden, und es soll nur 70 Pf. Arbeitslohn geben. Jedoch ist zu berücksichtigen, daß der frühere Preis von 80 Pf. schon der äußerste war, ein Preis, bei dem der Arbeiter, wenn er auf seinen Verdienst halbwegs kommen wollte, nicht arbeiten sondern knuffen mußte. Der eine Centimeter, um welchen der Teller kleiner gemacht wird, läßt nach der Mittheilung der Dreher absolut nicht eine Reduzierung des Preises um 10 Pf. zu.

Allerdings sagt der Oberdreher Vorger, der früher auch als Dreher arbeitete und der damals aus einem ganz anderen Loche piff, wenn es galt die bestehenden Akkordlöhne zu vertheiligen, als wie jetzt, daß die Teller für 70 Pf. angefertigt werden könnten. Im Vertrauen auf dieses „sachmännische Urtheil“ soll die Direktion größere Aufträge für diese Teller entgegengenommen haben.

Wenn die Wittenberger Dreher wiederholt sich Lohnreduzierungen und anderes schon haben gefallen lassen und dadurch die Meinung bei den Verbandsgenossen des übrigen Deutschland aufkommen ließen, als wenn die Wittenberger alles in Demuth hinnehmen, so scheint aber jetzt doch die Sache anders zu sein.

Nicht nur, daß die betreffenden Dreher, welche die bemußten Teller in Arbeit bekamen, sich weigerten, diese für den niederen Preis von 70 Pf. anzufertigen, auch alle übrigen Dreher nahmen Stellung dazu und wollen

diesen neuesten Versuch, die Arbeitslöhne zu drücken, mit allen Mitteln abschlagen.

Sie hegen die Befürchtung, daß, wenn sie jetzt bei den Tellern nachgeben, ebenfalls bei den anderen Artikeln eine Reduzierung vorgenommen wird und sie erkennen an, daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo es heißen müsse: bis hierher und nicht weiter.

Die Einigkeit, welche oftmals in Wittenberg gefehlt hat, sie ist bei den Drehern jetzt vorhanden; es wurde aber auch mitgetheilt, daß augenblicklich beschränkt gearbeitet wurde, trotzdem wollen aber die Kollegen in W. wenn es nicht anders ist, zur Abwehr weiterer Lohnrückereien, das Neueste wagen.

Ein Dreher, der sich weigerte, die Teller zu machen, wurde gekündigt, ein anderer bekam Lehrburschenarbeit und der Bursche wurde auf seine Tellerscheibe placirt; die Direktion soll geäußert haben, es seien bereits neue Dreher auf Teller engagirt, kurz all' dieses scheint die Dreher zur äußersten Stellungnahme gedrängt zu haben. Neben des Abwehrens der Reduzierung der Tellerpreise, wollen die Dreher in W. noch folgende Forderungen aufstellen: Verkürzung der Arbeitszeit; Verhütung der jetzt üblichen Lohnzahlung, statt jetzt neu einzuführender 14 tägigen; Einsetzung einer Lohnkommission, welche event. neue Preise mit festsetzt; Aushang eines Lohnartikels unter Glas im Arbeitsraum; öftere Reinigung der Fabrikräume und bessere Ventilation; Absetzung des Oberdrehers Vorger.

Der Vorstand des Verbandes hat in seiner Sitzung am letzten Montag mit 7 gegen 4 Stimmen beschlossen, den Antrag der Wittenberger, der dahin geht, event. in den Ausstand zu treten, statt zu geben.

Der Vorsitzende des Verbandes, Gen. Wollmann, soll außerdem nach W. reisen und mündlich das Nöthige veranlassen.

Für heute glauben wir den Verbandsgenossen genügende Aufklärung über diese neueste Differenz gegeben zu haben und setzen wir voraus, daß allseits die nöthige Aufmerksamkeit darauf verwendet wird, der Direktion in Wittenberg es nicht allzu leicht zu machen, die Scheiben der Tellerdreher durch Ersatzkräfte zu besetzen. Die Ehre und die Interessen der Organisation (siehe § 5 Nr. 3 des Statuts), sie müssen hochgehalten werden, aber nicht nur allein um dies handelt es sich, sondern auch um die Interessen der Steingutarbeiter im Allgemeinen. Die Herren Fabrikanten erhöhen (wogegen nichts einzuwenden ist) ihre Verkaufspreise, den Arbeitern aber möchte man den Brodkorb, der schon hoch genug hängt, noch höher hängen. Wenn man diese Arbeitslohnrückereien in Wittenberg gegenüber den Bestrebungen der Fabrikanten in ihrer Preisvereinigung hält, wahrlich! man findet keine Worte, die man, ohne Gefahr zu laufen, wegen Beleidigung belügt zu werden, dem Papier anvertrauen kann, um diese Vorgänge richtig zu kennzeichnen.

Kleinwittenberg. (Steingutfabrik Pleßteritz) oder wie der offizielle Titel lautet: „Wittenberger Steingutfabrik G. m. b. H. Klein-Wittenberg“ ist gesperrt; die Genossen in Wittenberg wollen, außer dem Bericht an den Vorstand, speziellen Situationsbericht an die Redaktion (Jahn) rechtzeitig gelangen lassen, damit wir die Verbandsgenossen auf dem Laufenden erhalten können.

In Suhl wundert man sich in Kreisen der Arbeiter sehr, daß die Firma Reinhold Schlegelmilch in Lauter Arbeiter sucht, indem 30—50 Maler und Dreher in Suhl und Umgegend herumlaufen, ohne Beschäftigung in ihrem Berufe finden zu können. Ja, das werden eben lauter verheiratete Leute

sein, die Firma will aber möglichst unverheiratete, denn diese haben „keine Frau und Kinder zu verzehren“, brauchen mithin weniger Verdienst. — Im Uebrigen wird darauf aufmerksam gemacht, daß wohl mehrere Arbeiter von Auswärts schon engagirt waren, sobald aber das Geschäft flau geht, dann können sie gehen, wenn sie nicht von der Luft leben können. Wenn weiter mitgetheilt wird, daß das Denunziantenthum sich dort sehr breit macht und deswegen die bei Schlegelmilch beschäftigten Arbeiter sich so wenig in den Versammlungen sehen lassen resp. sich an der Organisation betheiligen, so ist das für Letzteres gar keine Entschuldigung.

Gerade durch solche Theilnahmslosigkeit gegen allgemeine Interessen wird solchen Schwelmsweblern Vorschub geleistet. — Wer also sich nach Suhl verschreiben will, kann aus unseren gelegentlichen Notizen über dort entnommen, was Gutes ihm dort blüht; glaubt er das aber nicht, wenn wir behaupten, es ist dort nicht gut sein, so möge er sich an die dortige Zahlstellenverwaltung wenden, die ist bereit, ihm näheren Aufschluß zu geben.

Die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten, Oberdreher, Obermaler etc. hat keineswegs mit der fortschreitenden Kultur gleichen Schritt gehalten. Obgleich ja für gewöhnlich an der Arbeitsstätte nicht alles so genau genommen wird, so manches ungebildete Benehmen sowohl auf Seiten der Arbeiter als deren Vorgesetzten, sich nicht mit der Lupe zu untersuchen verlohnt, so hat aber doch alles gewisse Grenzen.

Wir erhalten Kenntniß von einem Vorfall, der sich in der Porzellanfabrik von J. Schachtel in Charlottenbrunn (Sophienau) abgespielt hat. Ein Maler wandte sich kürzlich mit dem Ersuchen an den dortigen Herrn Obermaler, er möge für einen Artikel einen höheren Preis zahlen, da er bei den bisherigen höchstens 1,80 Mark pro Tag verdienen könne. Es wurde dies Ersuchen abgelehnt.

Ueber die Ablehnung dieses Ersuchens braucht man sich nicht weiter zu wundern, es scheint eben bei den meisten dieser Herren Oberen die Ansicht vorzuherrschen, daß er immer und stets nur allein das Interesse des Herrn Chefs wahrzunehmen hat. Der Arbeiter, obgleich der Obere früher auch nichts anderes war, muß mit Hungerlöhnen zufrieden sein, am Ende springt zu Weihnachten noch für dieses Drücken oder Niederhalten der Arbeitslöhne eine Extragrattifikation heraus.

Im Laufe des durch das Ersuchen des Arbeiters veranlaßten Gespräches äußerte nun der Herr Obermaler zu dem Arbeiter: „Sie als junger Mensch müssen überhaupt damit zufrieden sein, Sie verdienen Ohrfeigen. Ja, der Herr soll sogar seinen Stock ergriffen und damit gedroht haben zu schlagen. Wenn der Arbeiter seinerseits nicht etwa provozirende Redensarten gebraucht hat, was wir aber nicht annehmen, so wäre diese Art Behandlung eines Arbeiters durch einen Beamten, der eine lange Reihe von Jahren schon in seiner Stellung ist und sich eigentlich einen gewissen Schluß in dem Umgang mit seinen ihm unterstellten Arbeitern angeeignet haben müßte, wirklich mehr wie — ungeschliffen zu nennen. Man kann schließlich aber auch zu der Ansicht kommen, daß solcher Obere sich mit der Zeit mehr und mehr in die Würde eines Sklavenaufsehers hineinbenkt und dazu gehört dann allerdings — die Peitsche.“

Gut dürfte es sein, wenn solche Fälle, in denen Beamte eine verartige Umgangsform nicht scheuen, zur Kenntniß des Fabrikanten, als deren Vertreter sich diese Oberen ja meistens geriren, gebracht würden. Wir

zweifeln z. B. gar nicht daran, daß Herr Schachtel einer solchen Behandlung der Arbeiter nicht das Wort redet und eventuell dem Beamten entsprechende Weisungen geben würde.

— Aus einer Zuschrift aus **Bordamm** geht hervor, daß man sich dort einbildet, die Kollegen im übrigen Deutschland denken: in Bordamm seien glänzende Verhältnisse. Das ist wohl nur ein Scherz, denn von Bordamm hat man sein Lebtag nichts Gutes vernommen und es wird über dortige Verhältnisse kein Zweifel bestehen. Jetzt mag es nun allerdings noch miserabler dort sein als im Vorjahre, wo wegen Bretter- und Massmangel ebenso wegen Maschinendefekt viel Arbeitszeit verbummelt werden mußte. Am 8. Januar habe man zu arbeiten angefangen (und wahrscheinlich hatte man sich schon auf Ueberarbeit gefreut und eingerichtet) am 26. Januar aber wurde wegen Kohlenmangel die Arbeit alle und es sei nun unbestimmt, wenn wieder angefangen werden könne.

In solchen schlechten Zeiten sollten nun freilich die Kollegen fest zusammenstehen und ihre Versammlungen, in denen sie ausnahmsweise ja einmal ohne größere Zechen sein könnten, besuchen. Statt dessen die alte Klage, die letzte Versammlung war so schwach besucht, daß man an die Wahl einer Kommission, die bei dem Herrn Baron vorstellig werden sollte, nicht herangehen konnte. Was soll denn nun werden?

— In Nr. 4 und 5 der „Keramischen Rundschau“ werden Maler (Thüringer bevorzugt) für Figuren und Landschaften auf Bierkrüge unter Schiffe gesucht. Aber nur solche, welche dem Verbands nicht angehören, sollen sich melden. Kann uns Niemand genauen Aufschluß geben, wer und wo die suchende Firma ist? Von München wird mitgetheilt, daß es vermuthlich die Porzellanmalerei von Theodor Schmiedt-Bullach bei München sei, das ist aber nur Vermuthung. Wenn wir auch dem Wunsche entsprechen und darauf hinweisen, daß solche Kollegen, die nach München wollen, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung erkundigen sollen, so können wir doch auf eine Vermuthung hin nicht ohne Weiteres gerade obige Firma als eine solche bezeichnen, die ihren Arbeitern die Benutzung des Koalitionsrechtes illusorisch machen möchte.

— Die **Revision** gegen das Urtheil des Landgerichts Berlin II (150 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Lesers in Frankfurt D.) ist am 29. Januar vom Straßenrat des Kammergerichts zurückgewiesen worden. Wir werden demnächst die Urtheile des Schöffens als Landgerichts, sowie auch die Gründe der Revisionsabweisung veröffentlichen. Die Ehre des Lesers ist nun durch die erkannte Strafe wegen abfälliger Kritik an der moralischen und geschäftlichen Qualifikation von Streikbrechern, endgültig reparirt.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

— **Zum Streik der österreichischen Bergarbeiter.** Die Erwartungen, welche sich an die Verhandlungen des nach Teschen einberufenen Einigungsamtes knüpften, haben sich leider nicht erfüllt. Die Gewerke sind den so sehr berechtigten Forderungen der Ausständigen auch so wenig entgegengekommen, daß die Haltung der Letzteren verständlich ist. So ist beispielsweise wegen den Hauptforderungen nach der Achtstundenschicht und nach Minimallohn fast nichts erfüllt resp. versprochen worden. Wohl hat die Regierung versprochen, im Herbst dem Parlament ein

Gesetz zur Abkürzung der Arbeitszeit im Bergbau vorzulegen, doch auf Versprechungen der österreichischen Regierung kann nicht viel gegeben werden. Nach seitens der Arbeitervertreter abgegebener Erklärung, daß sie nicht in der Lage seien, die Vorschläge der Gewerke zu acceptiren, erklärte der Vorsitzende des Einigungsamtes, die Verhandlungen seien abgebrochen, die Thätigkeit des Einigungsamtes beendet.

Der Generalstreik, der bereits in die fünfte Woche dauert, dürfte nun sobald sein Ende nicht erreichen, denn die Streikenden stehen nach Berichten österreichischer Blätter fester als je. Obwohl die Regierung sich bemüht, ein Ende des Streiks herbeizuführen, so scheint doch der Einfluß und die Macht der Kohlenbarone über die Macht der Regierung zu gehen: Versammlungsverbote resp. Auflösung, welche die Regierungsvertreter verfügen, bekunden dies. In Steiermark ist es nicht zum Streik gekommen, dort sind seitens der Gewerke den Arbeitern nicht unbedeutende Zugeständnisse gemacht worden. Dagegen ist es möglich, daß nun die Bergbauarbeiter in Ungarn ebenfalls zum Streik kommen.

Lobt nun in Oesterreich der Kampf weiter, der bereits seine Schatten sehr bemerkbar auch auf einen Theil unseres Berufes wirft (besonders in Oberfranken) so scheint auch in Deutschlands Kohlenrevieren, durch den Uebermuth der Grubenbarone, der Streik das Zeichen des Tages zu werden.

Im Zwickauer Kohlenrevier ist der Ausstand bereits in größerem Umfange erfolgt. Dort haben die Herren Unterehmer jede Unterhandlung in schroffer Weise zurückgewiesen; die Einigungsversuche im Bezirk Zeitz-Weißenfels sind ebenfalls wider Erwarten gescheitert. Die mitteldeutsche Industrie wird also dadurch weiter in Mitleidenschaft gezogen werden, und das alles, weil die Grubenbarone, die so glänzende Geschäfte machen (siehe Beilage), den so berechtigten Forderungen der Bergarbeiter, aus Uebermuth kein Entgegenkommen zeigen.

Für die **streikenden Bergarbeiter Oesterreichs** gingen bei der Gewerkschaftskommission in Wien (Queber) folgende Unterstützung ein:
Porzellanarbeiter Hermsdorf (S. A.) Nr. 50, —
— Nr. 59, 65. Porzellanarbeiter Kronach (Zahlstellenversammlung) Nr. 7, 35 — Nr. 8, 98. Sa. R. 67, 73.

— Seit dem 20. Januar befinden sich die Klempner, Planirer, Drücker, Maler und Brenner der Firma **Wortmann und Ebers**, Düsseldorf, 80 Mann, im Ausstande.

Die Arbeiter der betreffenden Firma stellen folgende Forderungen:

Einstellung sämmtlicher am Ausstande theiligten Arbeiter ohne Ausnahme. Anerkennung der Organisation seitens der Firma. Wiedereinführung des alten Akkordtarifs bei den Planirern. Einführung der Strafbestimmungen betrefß des Ruspalkommens, wie dieselben vor dem 6. November 1899 bestanden haben. Mitbestimmungsrecht des Arbeiterausschusses über Verwendung der Strafgeelder. Da nun die Einigungsversuche unter Leitung des Herrn Dr. Wülfing scheiterten, beschloßen die Ausständigen bis zum äußersten auszuharren und es ist bis jetzt gelungen, Arbeitswillige fern zu halten. Mit welchen Mitteln die Firma arbeitet, geht daraus hervor, daß in sämmtlichen Düsseldorfser Zeitungen eine Annonce erschien, worin sie denjenigen suchten, der von den Streikposten verbannt sein sollte. Die Streikenden, die sich ruhig und besonnen verhalten, bringen die Firma in Verlegenheit, solche Annoncen loszulassen. Die Streikkommission. J. W. Edwin Witten, Düsseldorf, Corneliusstr. 102.

Versammlungsberichte etc.

Wittenberg Die am 3. Februar tagende Zahlstellen-Versammlung war gut besucht. Der Vorsitzende der Agitations-Kommission, Poesenecker, ist anwesend. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Angelegenheit des gemäßigten Vorkommens. Der Hauptvorstand lehnte ein ernstes Vorgehen der Zahlstelle ab. Das von letzterem eingegangene Schreiben über den betreffenden Vorstandsbeschluss wird bekannt gegeben. Es war voraus zu sehen, daß manchem Mitglied der Beschluß des Hauptvorstandes nicht recht verständlich sei, weshalb denn auch die Anwesenheit des Gen. Poesenecker darin seinen guten Grund hat; letzterer, welcher der betreffenden Hauptvorstands-Sitzung beiwohnte, sagte sich dann auch mit Recht, daß eine schriftliche Benachrichtigung dieses Beschlusses nicht ausreichte, sondern eine mündliche Detailklärung über die Gründe der Ablehnung besser am Platze sei. Poesenecker entledigte sich seiner Aufgabe in treffender Weise. Eine Resolution, welche die betreffende Angelegenheit für erledigt erklärt und auch bedauert, daß Gen. W. dem Unternehmer formell Gelegenheit zu seiner Handlungsweise gegeben, sowie sich mit den Ausführungen des Gen. Poesenecker einverstanden erklärt, fand mit allen gegen 1 Stimme Annahme.

Mit der Einsetzung eines Schiedsgerichts am Orte, erklärt sich die Versammlung einverstanden, fünf Mitglieder werden dazu gewählt und sollen diese bis zur nächsten Versammlung über Form und Inhalt eines solchen, der Zahlstellen-Versammlung eine Vorlage unterbreiten. Die Angelegenheit eines Mitgliedes über seine Aufnahme mit 3 jähriger Strafkarenzzeit wird zur Sprache gebracht. Die Versammlung ist darin einig, daß betreffendes Mitglied als erster „Streitbrecher“ kaum angesehen werden kann, eine geringere Strafe als obige jedoch nicht statthaft ist, so soll beim Hauptvorstande beantragt werden, dem Mitgliede die Strafkarenzzeit zu erlassen.

Ueber dem weiteren Verlauf der Versammlung wollen wir von einer Veröffentlichung Abstand nehmen, sondern vielmehr es jedem einzelnen Mitglied ans Herz legen, unsere Versammlungen für das zu halten, was diese sein sollen: Versammlungen, in denen strenge Disziplin, anständiges Benehmen der Einzelnen beobachtet werden; ernste Auseinandersetzung und Berathung über unsere missliche Lage. Wenn wir so verfahren, dann muß auch ein Unternehmer vor der Organisation Respekt haben. Mit Freude müssen wir die Versammlung besuchen und neu gestärkt diese verlassen.

Man muß nicht stets denken es soll „gestreift“ werden. O, nein! Dazu gehört ja vor allen Dingen eine streng eingehaltene Ordnung. Es läßt sich auch ohne „Streit“ schon etwas erreichen. Und was ist das! — Da giebt es sehr viel: „Man verschaffe sich in erster Linie die Achtung vor den Beamten und vor dem Unternehmer;“ dadurch, daß man sich eines geordneten Lebenswandels befleißigt. Ein Jeder muß sich selber beherrschen können; Einhaltung der Fabrikordnung, soweit man es kann. Und besonders sich mit dem Inhalt des Verbands-Statuts vertraut machen. Wenn ein Jeder sich zum Leitfaden macht: mit sich selbst erst einmal „ein Ganzes“ zu machen, dann Kollegen, ist es nicht schwer für uns, den Weg zu gehen, den die „Moderne Arbeiterbewegung“ eingeschlagen hat. Ein Hoch auf diese endete die gut besuchte — aber schlecht verlaufene — Versammlung.

Sterbefälle.

Fargo, J. Borsch, geboren 12. April 1850 in Saargemünd, gestorben 29. Dezember 1899 an Herzlähmung. Krankheitsdauer 4 Tage. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.

Fraureuth, C. Aug. Mücke, Dreher, geb. 14. Sept. 1838 zu Leutmannsdorf b. Waldenburg in Schlesien, gest. 2. Febr. 1900 (plötzlich) an Asthma. Mitglied des Verbandes.

Oberhausen, Carl Fischer, Kapseldreher, geboren 27. März 1839 in Steinau (Schlesien), gestorben 19. Januar 1900 an Herzlähmung.

Vegesack, Friedr. Seebach, geboren 30. Oktober 1854, gestorben 26. Januar 1900 an der Porzellanerkrantheit. Krank seit April 1897. Er war ein treues Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.

Ghre ihrem Andenken!

Adressen-Nachtrag.

Gräfenroda. Statt Beis. Wihert soll es heißen: „Weisheit“, Carl Meyer wohnt Schulstraße.

Uhlstädt. Beis.: August Maat, Dreher. Revis.: Herm. Schroot, Dreher. Verkehrslokal: Gasthof „Zum goldenen Kopf“.

Unterpörlitz. Revis.: Max Kühnlenz (an Stelle Wäß). Schriftf.: heißt Schrödel. Revis.: Altkfelder.

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Mittwoch, 21. Februar, Abds. 8 Uhr bei Fischbach, Charlottenburg, Marchstr. 24.

Wien. Sonnabend, 17. Februar im Vereinslokal.

Altwasser. Sonnabend, 17. Febr. Medizinal-Kassen-Versammlung im „Eisernen Kreuz“.

Berlin-Neubau. Montag, 19. Februar, Abends 8 Uhr bei Doffow, Sünderstr. 48.

Berlin II. Sonnabend, 24. Februar. Zahlabend und Bibliothek. Montag, 26. Februar, Verwaltungssitzung bei Koll.

Breslau. Sonnabend, 17. Februar bei Tholl, Schiefwerberstr. 69.

Buda. Sonnabend, 17. Februar, Abds. 8 Uhr bei Westphal, Dorotheenstr. 141. Die Budauer Genossen, welche der Zahlstelle Neustadt angehören, sind freundlichst eingeladen.

Darmstadt. Sonnabend, 17. Februar, Abends 7 Uhr bei H. Wassermüller.

Elgersburg. Sonntag, 18. Febr. öffentliche Versammlung im „Fürstenthor“. Sämtliche Kollegen sind eingeladen.

Freienvrla. Sonnabend, 17. Februar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal zu Raschhausen.

Röppelsdorf. Montag, 19. Februar, Abends 7 1/2 Uhr im „Goldenen Löwen“. Alle Bibliothekbücher mitbringen.

Magdeburg-Neustadt. Die Versammlung findet nicht, wie irrtümlich in voriger Nummer stand, am 24., sondern am 25. Februar, Nachm. 3 Uhr im „Weißen Hirs“ statt. Da es sich um Festsetzung unseres Stiftungsfestes handelt, ist zahlreicher Besuch sehr erwünscht.

Nürnberg. Die am 24. Februar tagende Versammlung findet nicht im „Norisgärtlein“, sondern im neuen Vereinslokal „Zum Felsacker“, Felsacker- und Fabrikstr.-Ecke (östliche Vorstadt) statt.

Plaue. Die auf Sonntag, 13. Februar anberaumte Versammlung findet nicht statt, dafür am Sonntag, den 25. Februar.

Probstzella. Montag, 19. Februar, Abends 1/2 8 Uhr im „Reiniger Hof“.

Selb. Sonntag, 18. Februar, Nachmittags 1/2 3 Uhr im „Ludwigsteller“.

Schwarza. Sonnabend, 17. Februar im „Bremerhof“.

Stadtlengsfeld. Sonnabend, 17. Februar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Tirschenreuth. Mittwoch, 21. Februar im Lokale des Herrn Härtl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 24. Februar im Vereinslokal.

Man verlange Prospekte.
Reelle und pünktliche Bedienung.
Aeltestes Geschäft dieser Art.
Einkaufsgeschäft für Glanzgold
Eisenberg, S.-A.
Ermit Böhme,

Zaichenbuch
für Keramiker.
Kalender für die Angehörigen aller Zweige d. Keram-Industrie

Preis bei postfreier Zusendung **1,10 Mk.**

Zu beziehen durch die **Redaktion** der **Keramischen Rundschau, Coburg.**

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Mäsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w.
werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.
H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.



Goldschmiedere
goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadtilm, Thür

Berlin II. Sonntag, 25. Februar d. J., unternimmt die Zahlstelle eine
Zugparthie
über Spandau nach Tegel, wozu die Genossen der umliegenden Zahlstellen freundlichst eingeladen sind. Abfahrt vom Schleifischen Bahnhof früh 8,28 um Alexander-Platz 8,34.
Für Nachzügler eine Stunde später.
Treffpunkt in Spandau im Restaurant „Zur Bierglocke“, Potsdamerstr.

Porzellanarbeiter Dresdens!
Sonnabend, den 24. Februar, Abends 9 Uhr
Oeffentliche Versammlung
in kleinen Saale des „Trianon“. (Eing. Schützenplatz).
Tages-Ordnung:
1. Das neue Invaliditäts-Versicherungsgesetz. Ref.: Genosse Paul Starke.
2. Bericht der Agitations-Kommission.
3. Gewerkschaftliches.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Porzellanarbeiter Dresdens!
Sonnabend, den 17. Februar 1900
Familien-Abend
im Gasthof Bieschen, Torzauerstraße, bestehend in Konzert und Ball. Das Konzert wird vom Männergesang-Verein „Liberté“ und dem Humoristen Herrn Berge ausgeführt. Karten sind bei den Vertrauensleuten zu haben. Anfang 8 Uhr. Das Vergnügungs-Komitee.

Kamenz. Die organisierten Maier veranstalten am Sonntag, den 25. Februar, im Hotel „Zum goldenen Stern“ einen
Unterhaltungs-Abend

bestehend in Gesangs- u. Instrumental-Konzert, letzteres ausgeführt von der hiesigen Garnisonkapelle, mit darauffolgendem Ball; wozu alle Kollegen von Bischofswerda, Döbeln, Kadoberg, Moritzdorf u. s. w., mit all ihren Angehörigen u. Freunden freundlichst eingeladen werden.
Die Verwaltung.

München-Nymphenburg. Am Sonnabend, den 17. Februar, abends 8 Uhr feiert die hiesige Zahlstelle im Restaurant Neu-Wittelsbach ihr diesjähriges

Stiftungsfest
durch musikalische Unterhaltung und Ball.
Die Mitglieder der Zahlstelle München werden hiermit freundlichst eingeladen. Die Verwaltung.

Weisswasser. Am Sonntag, den 18. Februar findet im Saale „Zur Krone“ des Herrn Schulz ein
Unterhaltungs-Abend
statt, wozu die Mitglieder hiesiger Zahlstelle sowie deren Angehörige und die Mitglieder der Zahlstellen Sorau, Tiefenfurt und Treibitz freundlichst eingeladen werden.
Die Verwaltung.

Unter Voraussetzung auf den Vorstandsbeschluss vom 31. Dezember 1899 (siehe „Ameise“ Nr. 1 u. 2) werden die Zahlstellen, welche den Abschluss pro IV. Quartal 1899 noch nicht eingesandt haben (siehe Amtlicher Zettel Nr. 2) aufgefordert, den Abschluss nebst Gelder bis zum kommenden Mittwoch, den 21. Februar 1900 einzuwenden, widrigenfalls in der an diesem Tage stattfindenden Sitzung der Vorstand die Auflösung der betr. Zahlstelle beschließen muß. Die Verwaltungen werden angewiesen, sich bei dem Kassierer der Zahlstelle über den Grund der vorläufigen Einwendung zu informieren und darüber **sofort** nach hier zu berichten.
Der Vorstand.

Ueber das für die Arbeiter so überaus wichtige Thema der

Gewerbeinspektion

gab es im Sachsen-Meintinger Landtage kürzlich eine längere Debatte, aus der wir unseren Lesern die Ausführungen des Verbandsgenossen Wächter-Güttensteinach nach dem „Saalfelder Wochenblatt“ wiedergeben. Abg. Wächter sagte ungefähr folgendes:

„Dieser Posten wird immer in ein und derselben Höhe eingestellt, trotzdem schon Vieles gesprochen wurde, was die Regierung veranlassen sollte, ein selbstständiges Fabrikinspektorat zu schaffen. Nicht allein von unserer Seite wird dies immer betont, sondern auch aus den Kreisen der Fabrikbesitzer kommen diese Wünsche. Bis jetzt ist aber von all diesem nichts zu merken und wird das von der Regierung damit entschuldigt, daß es für einen eigenen Beamten nicht genügend Arbeit gäbe. Doch die Arbeiter stehen hier auf einem ganz anderen Standpunkt. Es liegt mir fern, dem jetzigen Beamten irgend einen Vorwurf zu machen, nein, der Beamte arbeitet sehr viel und es hat sich, solange er den Posten versteht, schon sehr viel gebessert, aber der Beamte kann diesen Posten eben nur im „Nebenamt“ besorgen und darum ist es ihm auch nicht möglich, jeden Betrieb im Jahre auch nur einmal zu revidiren. Ein Uebelstand, der sehr hervortritt, ist, daß die Ankunft des Beamten meistens bekannt ist und ferner, daß er stets in Begleitung eines höheren Beamten die Betriebe besichtigt, infolgedessen ist es den Arbeitern gar nicht möglich, sich ihm gegenüber offen auszusprechen. Trotzdem aber schreibt Herr Eichhorn in seinem Berichte, daß sich der Verkehr mit den Arbeitern gehoben habe. Wie viel mehr würde dies der Fall sein, wenn es dem Beamten möglich wäre, öfter zu kommen, denn der größte Theil der Arbeiter kennt ihn noch nicht. Was nun den Bericht selbst anlangt, so sehen wir ja schon daraus, wie nothwendig es ist, das Amt selbst-

ständig zu machen, indem es dem Beamten nur möglich war, 70 Reisetage für die Inspektion zu verwenden; in diesen hat er 204 Besichtigungen vorgenommen. Wieviel mehr müßte sich alles besser gestalten, wenn der Beamte nur auf diesem Gebiete thätig sein könnte! Bezüglich der Kinderarbeit schreibt der Fabrikinspektor, daß selbst eine Schulbehörde Beschwerde über die Kinderbeschäftigung geführt hatte und trotzdem werden immer noch Kinder in den Fabriken beschäftigt. Was das Tragen von Kopfen der Arbeiterinnen in den Porzellanfabriken, zu und von den Ofen, betrifft, so habe ich dieses schon einmal besprochen und hoffe ich, daß Ermittelungen angestellt werden, eventuell ein diesbezügliches Verbot erlassen wird. Bezüglich des Schlafens in den Fabriken hat sich ja vieles gebessert, doch sind mir in diesem Falle noch recht bedenkliche Angaben gemacht worden. Was die Lohnzahlung betrifft, so kommt es noch sehr oft vor, daß die Arbeiter, und das gewöhnlich vor den Festtagen, bis um 8 Uhr und noch länger auf ihren Lohn warten müssen. In den Kantinen und besonders bei dem Abzug der gekauften Waaren, wird auch noch viel gegen das Gesetz verstoßen. Aus dem Bericht über die Revisionen sieht man, daß von 204 nur 4 Revisionen des Nachts und Sonntags überhaupt nicht vorgekommen sind. Und doch ist die Sonntags-, sowie Nachtarbeit in meinem Bezirk und darüber hinaus, noch immer sehr zu finden. Meistens sind es in dieser Hinsicht Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Auch kommen mir die angeführten bewilligten Ueberarbeitstunden sehr gering vor, sodaß ich wohl mit Recht sagen kann, daß viele Ueberarbeit nicht angemeldet wird, ja wohl in den weitaus meisten Fällen. Ich komme nun zur Hausindustrie. Hier wäre es sehr nöthig, Wandel zu schaffen und besonders zweckmäßig, wenn dieser Zweig der Fabrikinspektion unterstellt und dort genaue Er-

hebungen stattfinden würden. Doch ist dieses ja Sache des Reiches und bitte ich unseren Vertreter im Bundesrath, dort mit dahin wirken zu wollen, daß nunmehr die Gewerbeaufsicht auch auf die Hausindustrie ausgedehnt wird.

Nicht allein ist es die Hausindustrie in der Spielwarenbranche, sondern auch bei der Porzellanindustrie tritt dieser Mißstand hervor. Hier werden meistens die Stanzartikel in die Hausindustrie gegeben und da diese Masse mit Salzdöl u. hergerichtet wird, verbreitet diese einen solch ühlen Geruch, daß man es in einer solchen Stube kaum aushalten kann. Nun stelle man sich vor, daß diese gesundheitsmörderische Arbeit meistens von Kindern verrichtet wird. Und dabei dient bei armen Arbeitern der Arbeitsraum zugleich als Schlafraum! Ja, ich bin der Meinung, daß diese Art Hausarbeit direkt verboten werden müßte, wenn die Gewerbeaufsicht auf die Hausarbeit ausgedehnt würde. Die Kinderarbeit ist hier gerade eine aufgedehnte. Noch schlimmer ist diese in den Kreisen der Spielwarenindustrie, wo besonders in der Hochballon die Kinder bis tief in die Nacht hinein mit arbeiten müssen. Eine alte sozialdemokratische Forderung ist auch bei uns am Platze, das betrifft die Einführung der weiblichen Fabrikinspektion und die sollte doch in einem Bande, wo so viele Arbeiterinnen in den Fabriken beschäftigt sind, nicht fehlen. Freilich wird man hier einwenden, das sei nicht nöthig. Doch ist es wohl Thatsache, daß eine Arbeiterin einem Manne gegenüber sich genieren wird, sich genügend auszusprechen; steht dieselbe jedoch einer Geschlechtsgenossin gegenüber, da wird sie sich sicher aussprechen. Wie vieles ist da zu verbessern, was ein Mann garnicht herausfinden kann. Alles dieses sollte uns veranlassen, hier gründlich einzugreifen und erlauben wir uns, Ihnen folgenden Antrag einzureichen und bitte ich Sie, demselben zuzustimmen. Der Landtag wolle beschließen: „Die Gewerbeaufsicht, welche bisher im Neben-

Wie leben unsere Frauen?

II.

„Vielfältig ist des Menschen Dasein, von der Wiege bis zum Grabe, ob er an den Stufen eines Thrones geboren oder unter dem Dache einer wacklichen Hütte, sein Schicksal steht in dem großen Buche geschrieben“ so ungefähr sagen die Sittenlehrer und die Moralphilosophen vergangener Zeiten; uns will es jedoch bedünken, daß man nicht vorsichtig genug in der Wahl seiner Eltern sein kann und daß es doch ein verdammt Unterschied ist, ob eine Wiege in dem Prunkgemache eines Palastes gestanden oder in der mit Stroh gedeckten Hütte eines ländlichen Tagelöhners. Obgleich sie beide nach der Welt kommen, das Kind der armen Tagelöhners-Frau und das Neugeborene der reichen, vornehmen Dame, so macht es doch schon bald ein bedeutender Unterschied geltend in den sozialen Verhältnissen dieser jungen, menschlichen Lebewesen. Wenn auch die Mutterliebe überall naturgemäß gleich ist, selbst bei den Säugthieren und anderen Geschöpfen, so kann sie doch nicht überall sich gleichermaßen betheiligen. — Die arme Tagelöhners-Frau, die arme Fabrikarbeiterin — sie können ihrem Säugling nicht die Pflege angedeihen lassen, wie die reiche Frau des Herrn Kommerzienraths — die Pflege, welche selbst jungen Hunden und jungen Katzen zu Theil wird. — Diesen oft unnützen

Vierfüßlern giebt man Gelegenheit, ihre Jungen pflegen zu können; die Menschenmutter muß sehr häufig ihr junges Kind im Stich lassen, nur um Brod zu verdienen; sie wird, sobald es ihre Kräfte nur irgend erlauben, durch die eiserne Nothwendigkeit von Neuem in die Fabrik gelegt.

Doch damit nicht genug! — Das Kind wird zwar größer, aber — es kommen andere hinzu, die Familie vergrößert sich. — Während die vornehme Schwester der Arbeiterfrau, die Frau des Aktionärs oder sonst eines Nichtsthners für die Wartung und Pflege ihrer Kinder sich noch eine Hülfarmee von Ammen, Kindermädchen u. dergl. leisten kann, gestatten die erbärmlichen Erwerbsverhältnisse der Frau des Arbeiters vielfach nicht einmal selbst an die Erziehung, die Pflege ihrer unmündigen Kinder denken zu können; denn sie muß in die Fabrik, sie muß helfen Brod erwerben, der geringe Lohn des Mannes reicht nicht aus für die vielen Mäuler, welche wie die hungrigen Raben nach Brod schreien. — Doch das alte Großmütterchen ist ja zu Hause, sagt die vornehme Frau Nachbarin, die wird ja schon nach dem Rechten sehen. — Wie lebt denn nun diese alte Großmutter? — Ihr Loos ist auch gerade nicht beneidenswert. Sie darbt sich oft die schmalen Rippen ab, um sie dem kleinen hungrigen Volk in den Mund zu schieben, sie lebt anspruchslos und kümmerlich; trotzdem sie auch noch Ansprüche an das

Leben hätte; sie hat vielleicht einst höhere Ansprüche gestellt, aber sie ist an Entlassung gewöhnt worden, sie freut sich wenn's nur so weiter geht und der Vater und die Mutter der Kinder Arbeit haben, sie kennt keinen anderen Wunsch mehr, ihr ging's ja auch nicht besser. —

Wo nun die alte Großmutter als Kinderwärterin fehlt, da muß das älteste Schwesterchen an die Stelle treten, selbst noch ein Kind, muß sie schon Kinder warten. — Ihre Jugend ist freudlos und mühevoll, die wenigen Stunden, welche ihr die entfernteste Schule läßt, füllt sie aus mit Kinderwarten oder sie hütet Gänse und Enten oder in den großen Städten trägt sie Frühkud und Zeitungen aus. — Aber sie wird größer — und dann wird sie gleichfalls in die Fabrik gehen und vielleicht wird sie dann dasselbe Loos treffen, wie ihrer Mutter.

Vielleicht aber auch nicht, sie wird vielleicht keinen Mann finden, weil die Gelegenheit für arme Mädchen zum Heirathen immer schwieriger wird, weil der Beamte, der Geschäftsmann nur nach Geld heirathet und weil der arme Arbeiter heutzutage kaum noch einen Hausstand erhalten kann; weil ihm die Lust zum Heirathen vergeht, bei einem Lohn, der kaum für die nöthigsten Bedürfnisse eines Einzelnen anreicht. — Da wird dann das kleine Schwesterchen, welches sich schon so früh in der Kinderpflege hat üben müssen, vielleicht noch als altes Mädchen in die Fabrik wandern

am ausgeführt wurde, durch Anstellung eines selbständigen Beamten vollziehen zu lassen und ihm, mit Rücksicht auf die große Zahl der im Herzogtum beschäftigten Arbeiterinnen, eine weibliche Assistentin beizugeben."

Der Regierungskommissar führt aus, daß der jetzige Beamte schon viele Beschwerden berücksichtigt habe; im Uebrigen bitte er den Antrag Wächter abzulehnen. Die Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie auszudehnen ist insofern schwierig, als einestheils mit allem Nachdruck ihre Beseitigung, andererseits ihre Erhaltung dringend gewünscht werde. Es sei ferner versucht worden, „Vertrauenspersonen“ seitens der weiblichen Arbeiter zu gewinnen, aber es sei nirgends eine solche Nothwendigkeit von den Bethelligten erkannt worden.

Abg. Zeitl erkennt die Nothwendigkeit, die Gewerbeaufsicht auf eigene Füße zu stellen, an, und erblickt in den Arbeiterausschüssen, die mit den Beamten in Verbindung treten, einen wesentlichen Fortschritt. Der 2. Theil des Antrages betr. die Verordnung einer weiblichen Assistentin finde seine Zustimmung nicht.

Abg. Wehder ergänzt das Referat Wächters aus den Berichten der Aufsichtsbeamten für die Jahre 1896 und 1897, die jede weitere Beweisführung über die Nothwendigkeit eines selbständigen Fabrikinspektors erübrigten. Er wies auf die Zunahme der Fabrikanlagen hin, in denen jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen vorwiegend beschäftigt würden und die eines nachhaltigeren Schutzes bedürften, und betonte, daß von einem gesunden und kräftigen Arbeiterstand nicht nur die Entwicklungsfähigkeit unserer heimischen Industrie, sondern die Zukunft des Staats und der Gesellschaft abhängig sei. Er kritisiert die immer mehr überhandnehmende Sonntagsarbeit und konstatiert, daß es hier, wie aus dem Bericht für 1897 deutlich hervorgehe, an außerordentlicher Bereitwilligkeit der lokalen Behörden nicht fehle. Dieser Bericht enthalte auch eine Stelle über die Nothwendigkeit, die Arbeitszeit zu verkürzen. Der Aufsichtsberrante bemerkt hierzu: „Daß eine Verkürzung der Arbeitszeit, weder in hygienischer, noch in pekuniärer Hinsicht den Arbeitern zugute käme.“ Das sei ein Urtheil, das wohl

und wenn auch nicht auf die Mutterfreuden — so doch auf eine eigene Häuslichkeit verzichtet müssen. —

Einmal war es in Christenländern Sitte, daß jeder Mann von gesunder Arbeitskraft sich verheirathete und seine eigene Familie gründete, weil er nach den damaligen Verhältnissen vorzuziehen konnte, daß er mit Weib und Kind ganz wohl durch's Leben kommen würde; jedes gesunde weibliche Wesen hatte damals noch Aussicht als Gattin und Mutter seine mehr oder weniger erträgliche Stelle an der Seite eines verantwortlichen Familienhauptes zu finden; heute sind die meisten Frauen zur Ehelosigkeit verdammt oder wenn sie heirathen, sind sie nur dem Namen nach Hausmutter, in Wirklichkeit könnte man sie Fabrikmutter nennen, sie sind die Sklavinnen der modernen Fabrik, die Sklavinnen der Industrie und ihrer Anhängsel. —

Der Wahnsinn der modernen Produktionsweise hat das Weib der zivilisirten Völker in eine soziale Zwittstellung gebracht, die seiner weiblichen Natur vollkommen widerspricht; sie fokuzagen aus ihrem eigensten Beruf heraus, dem Beruf der Mutter und Hausfrau. — Größer als jemals ist die Zahl der weiblichen Wesen, welche von der Ehe, von der natürlichsten aller menschlichen Institutionen ausgeschlossen sind. — Nach Debel „Die Frau“ waren schon vor ca. 20 Jahren in Schottland

dem jüngsten Lehrling in irgend einem Betrieb nicht verständlich sei und allgemeines Kopfschütteln hervorrufen werde. Zum Schlusse befristet der Redner, als Mitantragsteller, den Antrag seiner Freunde und fügt hinzu: wünscht der Landtag, daß die Debatte über diesen Gegenstand in Zukunft abgekürzt werde, dann nehmen sie unseren Antrag an.

Unter Ablehnung des Antrages der Sozialdemokraten wird ein Antrag des Abg. Zeitl, wonach die Anstellung eines selbständigen Beamten der Regierung zur Erwägung überwiesen werden soll, angenommen.

Amthlicher Theil.

37. Vorstandssitzung vom 20. Januar 1900.

Entschuldigt fehlt v. d. Aue und Bey; als Gast ist Gen. Goerke anwesend.

Das Schema eines Fragebogens, zur Verwendung bei Differenzen bestimmt, wird zur Kenntniß gebracht und mit einigen unwesentlichen Modifikationen angenommen. — Der Redakteur macht auf ein Inserat in der „Solidarität“ aufmerksam, wonach die Firma Rehm in Bonn, welche unsere Verbandsmitglieder boykottirt, Maler sucht. Beschlossen wird, in Rücksicht darauf, daß alle unsererseits gesperrten Fabriken seit August 1899 nicht veröffentlicht worden sind, dieselben der Redaktion der „Solidarität“ bekannt zu geben, und dieselben in kürzeren Perioden als bisher, im Organ bekannt zu geben. — Der Rechtschutz für Mitglied 4539 Reinsberg, wird bewilligt. Die Zahlstelle beabsichtigt, die Wiedereinstellung des entlassenen Vorstehenden, eventuell durch allgemeine Arbeitsniederlegung zu erzwingen; der Vorstand kann jedoch in Rücksicht darauf, daß das betreffende Mitglied dem Unternehmer einen formellen Entlassungsgrund gegeben hat, dem nicht zustimmen. — Ein Schreiben von Roda, Gera und Unterpörlitz wird zur Kenntniß genommen und soll entsprechende Beantwortung erfolgen. — Die Unterstützungen für Mitglied 1769 Eisenberg und Mitglied 12149 Tettau, werden auf Grund § 12 des Unterstützungs-Reglements abgelehnt. — Die Unterstützung für Mitglied 802 Noabit wird ebenfalls abgelehnt, weil eine regelmäßig periodisch wiederkehrende Arbeitslosigkeit, die in der Natur des Gewerbes begründet ist, Unterstützungsansprüche ausschließt. — Mitglied 10948 Fürstenberg a. W., ist auf Grund § 9 des Unterstützungs-Reglements mit Unterstützungsanspruch abgewiesen worden und erhebt die Zahlstelle dagegen Einspruch; letzterer wird als unbegründet zurückgewiesen, weil Mitglied es unterlassen hat, gegen die dort herrschenden Uebelstände sich zu wehren, sondern einfach zugehört hat.

G. Wollmann,
Vorstandender.

J. Schneider,
Verbandsschriftführer.

von je 100 erwachsenen weiblichen Einwohnern nicht weniger als 43 unverheirathet und in England lebten damals nicht weniger als 1 407 228 überzählige Frauen im Alter von 20—40 Jahren, d. h. fast 1 1/2 Millionen heirathsfähiger Frauen mehr als Männer derselben Altersstufe. In Oesterreich zählte man um dieselbe Zeit je 100 000 Männer im heirathsfähigen Alter nur 35 533 verheirathete und 64 467 unverheirathete, während auf je 100 000 geschlechtsreife weibliche Individuen nur 34 152 verheirathete, dagegen aber 65 848 unverheirathete entfielen. In Oesterreich sind also beinahe 2/3 aller heirathsfähigen Frauen von einer regelrechten Ehe ausgeschlossen. — Alle die von der Ehe ausgeschlossenen Wesen sind nun als disponible Arbeitskräfte auf den Markt getrieben; sie müssen leben.

Sie alle zusammen sind das Weib, welches aus dem Haus heraus auf die staubwibbelnde Straße, auf das Arbeitsfeld unserer industriellen Gesellschaft geworfen wurde. — So ist denn das Weib ihrem eigentlichen Berufe entfremdet, die Konkurrentin auf dem Arbeitsfelde des Mannes geworden und zwar um billigeren Lohn. — Nach altem Brauch und Gebräuche wird die Frauenarbeit geringer bezahlt als Männerarbeit, aber was thut's? — Es ist nun einmal so! — Warum? — Darnach hat wohl noch selten eine Frau gefragt. — Sie nimmt diese Zurücksetzung als etwas selbst-

38. Vorstandssitzung vom 24. Januar 1900.

Von den Revisoren ist Boesener anwesend. Von Eisenberg wird ein Vorstandsvertreter als Referent für eine am 27. Januar abzuhaltende Versammlung verlangt, mit der Begründung, daß in der neuerrichteten Porzellanfabrik Differenzen auszubrechen drohen; es wird dies vorläufig abgelehnt resp. zurückgestellt bis die drohenden Differenzen sich event. zur Thatsache verdichten. Ein weiterer Antrag, das neuangemeldete Mitglied 24 469 als altes Mitglied weiter zu führen, wird abgelehnt. — Mitglied 5392 Reha wünscht ein Darlehn aus der Verbandskasse; es muß dies § 34, Absatz 5 des Statuts abgelehnt werden. — Ein weiteres Unterstützungs-gesuch der Formenstecher wird abgelehnt; es soll eine weitere Unterstützung den Zahlstellen überlassen bleiben. — Ein Bericht von Schmiedeburg wird zur Kenntniß genommen und den Mitgliedern dort empfohlen, sich mit begründeten Beschwerden über die Fabrik-Krankenkasse an den Landrath zu wenden. — Ein Schreiben der Unionsleitung wird zur Kenntniß genommen. — Für Mitglied 4539 Reinsberg, sowie 1053, 1660 Düsseldorf wird Differenz-Unterstützung bewilligt. — Ein Bericht von Wittenberg und Reha wird zur Kenntniß genommen. — Mitglied 14786 und 4589 Berlin II sind ohne Kündigung entlassen und beantragen Rechtsschutz behufs Anstrengung der Entschädigungs-Klage; es soll erst juristisches Gutachten beigebracht werden, für Mitglied 655 werden noch 2 Wochen Unterstützung bewilligt; betreffe Mitglied 15758, Antrag auf Fahr- und Umzugskosten, soll recherchiert werden. — Von Tiefenfurt wird Weiterunterstützung beantragt und für 10 Personen auf weitere 14 Tage bewilligt, für die Uebrigen (Frauen, deren Männer zu Arbeit stehen etc.) jedoch abgelehnt. Mitglied 4089 Kronach hat zu seinem Umzuge, entgegen dem § 12 des U. R. und der Befamtmachung in Nr. 49 der „Ameise“ vom vorigen Jahre einen ganzen Waggon benutzt und ist dementsprechend die Fracht für 5000 kg zu bezahlen; beschlossen wird, nur die Fracht für 1500 kg in Berechnung zu stellen. — Ein Bericht von Waldenburg, das Gewerbegerichtsurtheil der Mitglieder 3732 und 12338 betreffend, wird zur Kenntniß genommen. — Ein Antrag der Zahlstellen Noabit und Charlottenburg, die erforderlichen Mittel aus der Verbandskasse zu bewilligen, wird abgelehnt und an dessen Stelle beschlossen: Der Vorstand erklärt sich im Prinzip für Bewilligung der Kosten aus der Verbandskasse, giebt über den be-thelligten Zahlstellen anheim, die Ausgaben aus den 15 pSt. zu decken, soweit diese zureichen.

Unterstützungen erhalten: Arzberg: 9139 v. 21. 12. Berlin II: 18 805 v. 15. 1., 655 v. 15. 1., 13 465 v. 15. 1. (auf Reifen), 4313 v. 15. 1. Düsseldorf: 1053 u. 1660 v. 22. 1. Ruppelsdorf: 12 239 v. 22. 1. München: 20 340 v. 22. 1. Reinsberg: 4539 v. 23. 1. Sorgau: 18 276 v. 22. 1. Waldenburg: 48, 849, 7476, 7578, 11 428, 13 299, 14 663, 18 390, 18 559, 18 560, 21 120 v. 22. 1 ab, 22 329 v. 31. 1.
Fahrkosten erhalten: Meissen: 19 468

verständliches hin und es wird noch viel Mühe kosten ihr zu beweisen, daß dies ihrer unwürdig und daß, so lange sie an die Seite des Mannes in der Fabrik gestellt ist, sie wenigstens dahin streben muß, dem Mann in Bezug auf den Werth ihrer Arbeit gleichberechtigt zu werden.

Wie mühsam müssen sich die Frauen oft weit über das Maas ihrer Kräfte „abrackern“, nur um das nackte Leben zu fristen. Wieviel Gefahren sind sie oft in Bezug auf Leben und Gesundheit ausgesetzt, ohne sich hiergegen schützen zu können. — Daß die Frauen so ruhig und still dahin leben, muß auf ein gewisses Trägheitsgesetz zurückgeführt werden, welches im Allgemeinen die Welt beherrscht, außerdem hat die Frau von jeher nicht so stürmisch nach Nahrung verlangt als der Mann, und je dürftiger die geistige Nahrung ihr zugeführt wurde, desto beschweidener wurde die Frau in ihren Ansprüchen. Aber auch die Arbeiterfrau hat Ansprüche an das Leben, zunächst in ihrem eigensten Beruf als Hausfrau und Mutter ihrer Kinder und sie muß diese Ansprüche zur Geltung bringen. — Sie muß darüber nachdenken lernen, wie die traurigen Verhältnisse im Arbeiterfrauentleben zu bessern sind, wo sie Hilfe in ihrer Bedrängnis findet. — Den weiblichen Arbeitern ist diese Hilfe geboten, wo sie sich den Arbeiterorganisationen an-

10,20 M. Lettin: 1913 5.— M., 6924 4,50 M.
Sorau: 15 998 — 80 M. Kahla: 9160 2,10 M.
Mithaldensleben: 21 101 6,10 M. Wittenberg: 7394 12.— M. Weißwasser: 21 609 5,70 M., 13 297 7,50 M.
Umzugskosten erhalten: Kronach 4089 22,50 M. Breslau: 13 665 31,35 M. Kahla: 11 608 11,75 M.
G. Wollmann, Vorsitzender.
J. Schneider, Verbandschriftführer.

39. Vorstandssitzung vom 31. Januar 1900.

Entschuldigt fehlt Craak; von den Revisoren ist Poeseneder anwesend.
Von der General-Kommission ist ein Schreiben eingegangen bezüglich der Unterstützung der Formenstecher; der Vorstand bleibt bei seinem in der Sitzung vom 24. Januar cr. in dieser Sache gefassten Beschluß. Ferner ist eine Einladung zu einer gemeinschaftlichen Sitzung der General-Kommission und der Zentral-Vorstände der Gewerkschaften ergangen; die eingesandte Tages-Ordnung läßt eine Vertretung unsererseits jedoch nicht notwendig erscheinen, und wird eine Delegation abgelehnt. — In der Unterstützungs-Angelegenheit des inzwischen verstorbenen Mitgliedes 12 164 Köppelsdorf ist nach erfolgter Recherche der Sachverhalt geklärt, und wird beschlossen, die Unterstützung an die Wittve zu zahlen; die lange Verzögerung der ganzen Angelegenheit (seit 27. Juli v. J.) ist durch deren leichtfertige Behandlung durch die Zahlstellenverwaltung herbeigeführt worden. — In Sachen des Mitgliedes 18 986 Wittenberg hat das Schiedsgericht dem Mitgliede die Fahrtkosten für die Familie auf Grund der vorletzten Arbeitslosigkeit zugesprochen, und wird nun die Zahlung beschlossen. — Bei dem vor Kurzem aufgenommenen Mitgliede 24 983 Walther in Bonn hat es sich nachträglich herausgestellt, daß dasselbe rückfälliger Streibbrecher ist; dessen Aufnahme wird zurückgewiesen. — Von Pötschappel, Langewiesen, Kahla, Blankenhain werden Streibbrecher mit 3 Jahren Straf-Karenzzeit zur Aufnahme empfohlen und wird dem zugestimmt; betreffs Mühlmann, Blankenhain und Darst, Hamm (rückfällige Streibbrecher) wird die Aufnahme abgelehnt. — Mitglied 15 849, z. Bt. in Berlin, beantragt die vorstufweise Gewährung der Fahrtkosten nach Bonn (Firma Mehlen); Mitglied ist inzwischen wegen Nesten gestrichen worden; die Streichung wird jedoch wieder aufgehoben, indem nicht mit Bestimmtheit festgestellt ist, ob Mitglieder in der letzten Zeit einen Erwerb gehabt, oder tatsächlich arbeitslos und infolgedessen beitragsfrei war. Die Gewährung der Fahrtkosten wird abgelehnt, genannte Firma ist gesperrt. — Die beantragte Unterstützung des Mitgliedes 12 398 Kronach wird auf Grund des § 10 des U. N. abgelehnt. — Unterstützung für 13 695 Probstzella wird bewilligt. — Ein Gesuch um Fahr- und Umzugskosten des Mitgliedes 15 661 Stadtlengsfeld wird auf Grund des § 9 des U. N. abgelehnt. — Von einem Schreiben aus Tiefensfurt wird Kenntnis genommen. — Zum Jahresbericht des Verbandskassiers wird auf den mündlichen Vortrag in Rücksicht auf die in Nr. 4 der „Ameise“ erfolgte Veröffentlichung des Abchlusses verzichtet, und der Kassier auf Antrag der Verbandsrevisoren entlastet. Wehlfeld. Die Aufnahme des Mitgliedes

schließen wo sie Aufklärung und Unterstützung finden, um ein Verein mit ihren Vätern, ihren Brüdern, ihren Söhnen und Männern ihre oft sehr traurige Lage zu verbessern. Die Frau muß den Widerspruch kennen lernen welcher darin liegt, daß je mehr Maschinen Arbeit leisten, desto mehr und länger muß Maschinenarbeiter, der Lohnarbeiter arbeiten, um das Brod für die Familie zu erwerben, auch seine Kinder müssen helfen und sein Weib muß helfen, auf daß sie nicht völlig in Hunger und Kälte umkommen. Vor dem Maschinenbetrieb war ein arbeitsfähiger, kräftiger Mann im Stande, sich, sein Weib, seine Kinder redlich und genügend zu ernähren. Heute, da die Maschinen das 10 fache, und mehr, der früheren Manneskraft leisten, heute muß der Mann unmäßig arbeiten, das Weib muß in der Fabrik „miträdern“ und es müssen schließlich die schwachen unreifen Kinder miträdern, damit sie leben können. — „Kein Bettlaster der ganzen Menschengeschichte hat so viel Hungernde, so viel verzweifelte, so viel verkommene Weiber gesehen.“ — ruft Dabel — als die Zeit des kapitalistischen Industrialismus unserer Tage.“ — Die Frauen sie leben, auch als Fabrikarbeiterin, Allerdings! — aber — sie leben nicht wie sie leben sollten. — c.

5743 Eisenberg wird zurückgestellt, bis dasselbe von einem Weisen, mit welchem es z. Bt. befaßt, geheilt und einen neuen Gesundheitschein beibringt. — Die Aufnahme des Mitgliedes 21 015 Tiefensfurt wird zurückgestellt, bis dasselbe wieder im Beruf beschäftigt ist; eine Wiederanmeldung muß jedoch bis zum 20. März erfolgen und steht eine solche an genanntem Datum dem Mitgliede unter allen Umständen frei. — Mitglied 22 525 Oberhausen wird wegen großen Verstoßes gegen § 13 des U. N. mit 6 M. bestraft.

Unterstützungen erhalten: Berlin II: 16 177, 993, 22 077 (auf Reisen) vom 29. 1. ab. 4589, 14 786 v. 5. 2. ab. Gräfenzoba: 13 805 v. 29. 1. Jlimenau: 4377 v. 8. 1. Köppelsdorf: 14 463, 14 464 v. 22. 1., 12 914 v. 8. 7. bis 26. 8. Magdeburg: 20 568 v. 26. 1. Probstzella: 13 695 v. 22. 1. Rudolstadt: 3437, 19 454 v. 29. 1. Rosendorf: 15 443 v. 29. 1. Wittenberg: 15 616 v. 29. 1.

Fahrtkosten erhalten: Berlin II: 3413 4,40 M., 7029 10,80 M. (mit Familie). Magdeburg: 20 569 3 M. Wittenberg: 13 986 6,50 M. (für Familie).

G. Wollmann, Vorsitzender.
J. Schneider, Verbandschriftführer.

Schiedsgerichtssitzung vom 16. Dez. 1899.

Als Schiedsrichter nahmen Theil die Mitglieder Ausermann, Busch, Friedhoff, H. Kleinwächter, G. Kleinwächter, Rütten und Wessels.

Es lag zunächst eine Beschwerde des Mitgliedes Nr. 18 986 (Emil Ziegler) jetzt in Al. Wittenberg vor. Das Mitglied wurde am 25. Januar d. J. in Hamm arbeitslos und am 30. Jan. d. J. d. selbst krank. Da das Mitglied die schon vorher gekündigte Wohnung am 1. April räumen mußte und noch krank war, so siedelte dasselbe mit seiner Familie nach Mithaldensleben zu seinen Schwiegereltern über. Nach seiner Genesung bezog das Mitglied vom 16. April bis zum 23. Mai Arbeitslosenunterstützung. An diesem Tage trat das Mitglied in Emden in Arbeit und erzielt für seine Person die Fahrtkosten von Hamm nach Emden. In Emden wurde das Mitglied wieder krank, nachdem es nur drei Wochen dort gearbeitet, die Arbeit auf und reiste wieder nach Mithaldensleben, wo sich seine Familie noch befand. Hier bezog das Mitglied von der dortigen lokalen Unterstützungsstelle, der es als Mitglied angehörte, bis zum 3. September Unterstützung. Seit dem 4. September arbeitet das Mitglied in Wittenberg und beantragte nun beim Vorstand die Fahrtkosten für seine Frau und ein Kind von Hamm nach Wittenberg.

Der Vorstand lehnte die Fahrtkosten für Frau und Kind von Hamm nach Wittenberg ab, da auch das Mitglied für diese Tour keine Fahrtkosten erhalten habe. Der letzte Arbeitsplatz sei Emden gewesen und durch die freiwillige Arbeitsaufgabe d. selbst seien die Ansprüche verlohren.

Das Schiedsgericht entschied, daß der Anspruch auf Fahrtkosten von Hamm nach Wittenberg nicht zu Recht bestehe, dagegen der Betrag für Fahrtkosten der Strecke von Hamm nach Emden entsprechend zu gewähren sei.

Durch seine Arbeitslosigkeit in Hamm hatte das Mitglied Anspruch auf Fahrtkosten für sich und Familie erhalten, jedoch war es ihm durch das bald darauf erfolgte Krankwerden nicht möglich, einen anderen Arbeitsplatz anzunehmen. Zudem das Mitglied die Wohnung räumen mußte, befand es sich in einer Zwangslage und war es wohl folgerichtig, wenn es Zuzucht bei seinen Schwiegereltern nahm. Ein durch diese Arbeitslosigkeit notwendig gewordener Umzug hat demnach tatsächlich stattgefunden, und sind die Verhältnisse hierbei zu berücksichtigen. Das Schiedsgericht.

Des weiteren berichtete der Obmann über die seit Uebernahme des Schiedsgerichts eingegangenen Beschwerden und deren Erledigung.

1. Beschwerde der Mitglieder Nr. 9348 und 1938 zu Poppelndorf, Umzugskosten betreffend, hat der Vorstand bewilligt.

2. Der Uebertritt zweier Unionsmitglieder in Poppelndorf war wegen verspäteter Anmeldung vom Vorstand abgelehnt worden. Es wurde festgestellt, daß die Anmeldung durch die derzeitige Verwaltung der Zahlstelle zu spät erfolgt war. Es wurde daher dem einen Mitgliede der Uebertritt eingeräumt, das andere Mitglied hatte sich vorher als neues Mitglied gemeldet.

3. Von der Zahlstelle Sophienau waren 12 Berufsgenossen, welche sich im Jahre 1895 nicht am Ausstand beteiligt vor dem 1. Juli zur Ausnahme gemeldet worden. Der Vorstand beschloß, dieselben mit einer dreijährigen Straf-Karenzzeit aufzunehmen. Den Aufzunehmenden war diese Karenzzeit zu hoch, und ließ die Zahlstelle beim Vorstand Beschwerde ein, da sich die Betroffenen vor dem 1. Juli, also vor Inkrafttreten der diesjährigen General-Versammlungsbeschlüsse gemeldet hätten.

Infolge des öfteren Briefwechsels zwischen Vorstand und Verwaltung und später beim Schiedsgericht war eine längere Zeit verstrichen und waren die aufgenommenen inzwischen mehrentheils verstorben.

standes und der Beiträge vom Vorstand gestrichen worden. Auf weitere Mitteilung erklärten die Betroffenen, daß sich die Zahlstelle nicht weiter mit der Angelegenheit beschäftigen möge und ließ die Zahlstelle von einer Entscheidung des Schiedsgerichts ab.

4. Beschwerde der Zahlstelle zu Hornsdorf. Auf den Versammlungsbericht der Mitglieder zu Dresden, die Wahl des Verbandskassiers betreffend, hatte zunächst der Vorsitzende der Zahlstelle Hornsdorf eine Entgegnung zur Aufnahme in die „Ameise“ gegeben. Der Vorsitzende erhielt den Befehl, daß derartige Entgegnungen wohl von Zahlstellen, aber nicht von Einzelmitgliedern aufgenommen würden, worauf die Zahlstelle die Angelegenheit aufnahm. Auf die erfolgte Bekanntmachung des Vorstandes, daß in dieser Angelegenheit nichts mehr veröffentlicht würde, beschloß nun die Zahlstelle, eine Mitgliederabstimmung zu beantragen und in der „Ameise“ zur Unterstützung des Antrages aufzufordern. In dem Versammlungsbüro, welcher zur Veröffentlichung eingesandt wurde, ließ nun der Antrag und Aufruf weggelassen werden sein. Die Zahlstelle glaubte, dadurch in ihrem Rechte nachlässig zu sein und wandte sich dieserhalb an das Schiedsgericht. Durch die inzwischen erfolgte persönliche Anwesenheit des Vorsitzenden des Verbandes in H. scheint die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden zu haben. Eine Nachricht an das Schiedsgericht ist nicht erfolgt. (Ein Antrag auf Entscheidung ist inzwischen eingegangen.)

5. Eine Beschwerde des Mitgliedes Nr. 4557 zu Magdeburg-Rudolstadt läßt sich dahin auf, daß der Verbandschriftführer die Umzugskosten für das Mitglied irrtümlich verweigert hätte.

6. Die Beschwerde wegen Verweigerung von Arbeitslosenunterstützung eines Mitgliedes zu Kollmar fand ihre Erledigung dadurch, daß dem Mitgliede auf Wunsch vom Vorstande eine Reitemarte gesandt worden war. Der Obmann.

Schiedsgerichtssitzung vom 19. Jan. 1900.

Der Vorstand hat das Urteil in Angelegenheit des Mitgliedes 1896 (Emil Ziegler) in Al. Wittenberg nachmals an das Schiedsgericht zurückgegeben behaftet neuer Begründung eventuell Änderung des Beschlusses, da nach Ansicht des Vorstandes das Schiedsgericht auf die sachlichen und statutarischen Abschneidungsgründe des Vorstandes nicht eingegangen und unter anderem auch der Hinweis auf § 11 des Statuts vollständig ignoriert worden sei. Das Schiedsgericht beschloß nach eingehender Beratung den Beschluß vom 16. Dezember aufrecht zu erhalten unter Ausföhrung näherer Begründung. Um Anspruch auf Unterstützung zu erhalten, ist laut Statut eine unwillkürliche Stellungslosigkeit erforderlich. Um aber Fahrtkosten zu erhalten, muß ein Umzug tatsächlich stattgefunden haben. Diese zwei Bedingungen sind im Fall Z. als erfüllt vorhanden.

Das Mitglied hatte nur auf Grund der ersten Stellungslosigkeit in Hamm die Fahrtkosten beantragt und nicht auf Grund seiner Stellungslosigkeit in Emden, worauf die Ablehnung des Vorstandes beruht. Auch hat die Ueberiedelung der Familie von dem Orte der ersten Stellungslosigkeit tatsächlich stattgefunden und sind Kosten hierfür entstanden.

Wohl hat das Mitglied zwei Fahrtkosten beantragt nämlich von Hamm nach Wittenberg, welche aber auch das Schiedsgericht für nicht zu Recht bestehend befunden hat.

Der § 11 des Unterstützungs-Reglements sagt nicht, daß der Umzug für die Familie gleich unbedingt an den Ort des neuen Arbeitsplatzes stattfinden muß, jedenfalls kann es keinem Mitgliede verwehrt werden, aus praktischen Gründen seine Familie vorläufig an einen anderen, wenngleich entfernteren Ort, als dem des neuen Arbeitsplatzes Aufenthalt zu geben; selbstverständlich hat es die entstehenden Mehrkosten zu tragen.

Daß das Mitglied in Folge seiner eingetretenen Erkrankung für seine Familie Aufenthalt bei seinen Schwiegereltern nahm, den notwendig gewordenen Umzug dorthin stiftenden ließ, ist mit Rücksicht auf die Umstände wohl zu billigen. Daß der Vorstand diese Gründe als für ihn nebensächlich bezeichnet, diese Meinung theilt das Schiedsgericht nicht.

Die vom Vorstand als nicht erwiesen bezeichnete Thatsache, daß das Mitglied in Emden krankheitsbedingt die Arbeit wieder aufgab, wird widerlegt durch die von der Verwaltung der Zahlstelle zu Mithaldensleben befristete Mitteilung, daß das Mitglied von der dortigen lokalen Unterstützungsstelle bis zum 3. September Unterstützung bezogen hat.

Gegen die Beschuldigung, zu leben im Vorstandesprotokoll vom 31. Dezbr. v. J. Nr. 2 der „Ameise“ d. J. lautend: „Es wird hervorgehoben, daß das Schiedsgericht niemals auf die Gründe, welche den Vorstand zu seinen Beschlüssen führen, einget. resp. dieselben zu überlegen versucht.“ legt das Schiedsgericht Verwahrung ein. Thatsache ist, daß das Schiedsgericht erst über zwei Fälle entschieden hat, wovon der erste zu Ungunsten des Mitgliedes entschieden wurde. Hier weitere, beim Schiedsgericht anhängig gemachte Beschwerden, haben im Wege der geföhrten Correspondenz zu Gunsten der Mitglieder ihre Erledigung gefunden. Das Schiedsgericht.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

Der „Nordböhmische Kohlabote“ macht folgende interessante Ausführungen über die böhmisch-mährischen Kohlengebiete:

Riesenerträge.

Die „Prager Eisenindustrie-Gesellschaft“, welche 1899 auf ihren Teplitzer Schächten, die einen Werth von 3 3/4 Millionen Gulden repräsentiren, 482 000 qm Braunkohle förderte, zahlte ihren Aktionären 30 pSt. ist 6 393 750 fl. nebst bedeutenden Kapitalrückzahlungen (95 fl. pro Aktie) aus, davon entfallen 460 000 fl. auf den Gewinn aus dem Bergbau. Die Gesellschaft hat ein Kapital von 8 1/4 Millionen Gulden. In den letzten zehn Jahren wurden damit ins Verdienen gebracht:

An Superdividende an die Aktionäre (also außer den bezahlten 5 pSt. Zinsen)	13 777 500 fl.
An Dividende an die Verwaltungsräthe	1 504 437 „
An Dotirungen der Reservefonds	5 200 000 „
	<hr/>
	20 481 937 fl.

Hierzu kommen die öffentlichen und geheimen Abschreibungen, sowie die Kosten der riesigen Neu-Investitionen bei der gänzlichen technischen Umgestaltung des Eisenwerkes und dem Bau eines großen neuen Kohlenschachtes, die durchwegs aus Betriebsgewinnen bezahlt und lediglich zum Zwecke der Steuerdefraudation nicht ausgewiesen wurden! Eine einfache Rechnung ergibt, daß sich die Aktiva der Gesellschaft um 10 Millionen gebessert hat, wovon nur 5 Millionen als Reserven ausgewiesen sind, während der Rest von fünf Millionen größtentheils aus stillen Abschreibungen herrührt. Rechnet man hierzu die in der Bilanz nicht ausgewiesene Vergrößerung der Werke mit mindestens fünf Millionen, so vermehrt sich der in zehn Jahren gemachte Gewinn auf mehr als 30 Millionen, oder fast das Vierfache des gesammten Kapitals, wobei, wie nochmals hervorgehoben werden soll, den Aktionären überdies die fünfprozentige Verzinsung ihres Kapitals zufiel. Dreißig Millionen Mehrgewinn über die Zinsen! — in zehn Jahren bei einem Kapital von 8 1/4 Millionen! Das ist die mindeste, gewiß hinter der Wahrheit noch zurückbleibende Ziffer. Die „Böhmische Montan-Gesellschaft“ hat für das vergangene Jahr einen Reinertrags-Überschuß von rund 1 620 000 fl. erzielt, der einer zirka 40prozentigen Verzinsung des Aktienkapitales von 4 200 000 fl. entspricht, und über die „Brücker Kohlenbergbau-Gesellschaft“ äußert sich der „Kapitalist“: „... Im vorigen Jahre (1898) hat die Gesellschaft 42 pSt. ihres Aktienkapitals rein verdient („verdient“ ist gut!) und es wäre sonach fürs laufende Jahr 47proz. Reinertragszins in Aussicht zu nehmen.“ Daß die Reinertragsziffer der Brücker Kohlenbergbau-Gesellschaft bis auf 50 pSt. des Aktienkapitals ansteigen werden, kann keineswegs als utopistische Forderung angesehen werden, vielmehr spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Unternehmung bereits im kommenden Jahre zu dieser Potenz ihrer Ertragsfähigkeit gelangen dürfte. Das Bild stellt sich in der richtigsten Beleuchtung dar, wenn wir die uns augenblicklich zur Verfügung stehenden Kurssteigerungen einiger Kohlen- und Montanwerke mit betrachten:

Brücker Kohlen	361 fl.	392 fl.	(+ 36 fl.)
Nordb. Kohlen	730 „	827 „	(+ 97 „)
Böhm. Montan	638 „	844 „	(+ 206 „)
Prager Eisen	968 „	1404 „	(+ 436 „)

Der ursprüngliche Werth einer Aktie der Brücker Kohlenbergbau-Gesellschaft beträgt 100 fl.; zu Beginn des Vorjahres mußte man für eine gleiche Aktie 361 fl. und zu Ende des Jahres mehr als 392 fl. (394 fl. 50 kr.) zahlen.

Die Kohlenmagnaten.

Wer sind sie, die Menschen, die den Streik der Arbeiter auf dem Gewissen haben, die die bescheidenen, ja selbstverständlichen Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen wollen? Wer sind sie, die „Armen“, die nicht nachgeben können, weil sie sonst ruiniert wären? Nehmen wir den amtlichen Bericht der Kommission zur Verwaltung des Zentralreservefonds der Brudersluben vom Jahre 1898 zur Hand und sagen wir deutlich, wer die Menschen sind, die die grausame Noth jenes Riesenkampfes entfesselt haben. In Ostrau-Karwin sind die in Betracht kommenden Unternehmer folgende:

Kameraldirektion in Teschen mit 3500 Arbeitern	Wittkowitz Grube, das ist S. M. v. Rothschild und Gebr. Ritter v. Gutmann, mit	9010
Ferdinands-Nordbahn mit	6808	„
Graf Carlsh-Wönnich mit	4206	„
Gebr. Ritter v. Gutmann mit 4085	„	„
Graf Johann Wilczek mit	3316	„

Von den 35 000 Arbeitern, die nach dem amtlichen Ausweis in den Betrieben des Revierbergamtes von Mährisch-Ostrau beschäftigt sind, beschäftigen diese sechs Unternehmer nicht weniger als 30 925 Arbeiter! Auf der einen Seite der Profit von sechs Menschen, auf der anderen das Wohl und Wehe von 30 000 Arbeiterfamilien: kann ein Mensch von Herz und G-fühl unschlüssig sein. So wie die Verhältnisse im Ostrauer Revier liegen, liegen sie auch in den böhmischen Streifen, namentlich in Kladsno, wo es drei Gesellschaften sind, die den Löwenantheil absorbiren. Hier sind es die Staatseisenbahn-Gesellschaft, die Buschtiehrader Eisenbahn und die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, jenes Unternehmen, daß sich vor lauter Profit nicht mehr auskennt. Den Bergarbeitern stehen nicht kleine an den Rand des Abgrundes gedrängte Handwerker, keine nothleidenden Fabrikanten, nein, ihnen stehen die reichsten Leute gegenüber, Millionäre und Erzmillionäre, die nicht den lächerlichen Unsinn treiben können, sich für „ruiniert“ auszugeben, wenn sie die Forderungen der Arbeiter erfüllen sollen. Wenn je der Starrsinn der Unternehmer ein Verbrechen war, so ist es hier, wo die Arbeiterschaft nach ihrem Recht ruft, die die schwerste und qualvollste Arbeit des Menschengeschlechtes leistet, und wo die Unternehmerklasse im unerhörtesten Ueberfluß sitzt!

Versammlungsberichte etc.

Gotha. Die Versammlung am 10. Februar war von 62 Mitglidern besucht. Der Kassirer trägt den Kassenabluß pro 4. Quartal vor und wird derselbe entlastet. Eingetreten waren 28, ausgeschieden 15 Mitglieder, am Schlusse des Quartals hatte die Zahlstelle 190 Mitglieder. Bezüglich Agitation wurde beschlossen, demnächst eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung abzuhalten und hierzu den Kollegen Aschenbach-Ohrdruf als Referenten zu bestellen. Es wird einem jeden Mitgliede aufgegeben, in geeigneter Weise unter den uns noch fernstehenden Porzellanarbeitern und Arbeiterinnen für den Besuch dieser Versammlung zu agitiren. Den streitenden Kohlenarbeitern in Oesterreich wurde als Unterstützung in ihrem gerechten Kampfe gegen die Kohlenbarone 30 fl. übermittlelt.

Verlag wird vom Bibliothekar, daß Mitglieder die entnommenen Bücher, entgegen der bestehenden Bestimmung länger als einen Monat behalten. Auf die Broschüre Schippel's „Vertragsverband der Schaufmacher“ wird aufmerksam gemacht und nehmen die Unterassistenten an die Broschüre entgegen. **Sachsenbach.** Am 28. Januar fand in der Stengel'schen Gastwirtschaft eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt, die von ca. 70 Personen

besucht war und in der Gen. Aschenbach-Ohrdruf über: „Werth und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“ referirte. Nachdem er einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Industrie gegeben, ging er auf die mißlichen Verhältnisse in der Porzellanindustrie ein, die nur einer Besserung entgegengeführt werden können durch Hilfe einer starken gewerkschaftlichen Organisation. Redner forderte die Anwesenden auf, sich dem Porzellanarbeiter-Verbande anzuschließen und schloß mit dem Motto: „Immer strebe zum Ganzen und laß dich nie von dem Ganzen werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes dich an!“

Nachdem dieser Appell auch in der Diskussion noch an die Versammelten gerichtet worden, wurde einer Resolution zugestimmt, inhaltlich derer das Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten ausgedrückt und versprochen wird, sich dem Verbande anzuschließen.

Wittenberg. Am 4. Februar fand eine von den Porzellanarbeitern einberufene öffentliche Gewerkschafts-Versammlung im „Weißen Schwan“ statt, welche gut besucht war; auch von der Zahlstelle Wittenberg waren ungefähr die Hälfte Mitglieder erschienen, die andere Hälfte dünkte sich jedenfalls schon aufgelöst genug. Immerhin dürfte zu erwarten sein, daß zur nächsten Versammlung auch dieser Theil anwesend ist. Gen. Peus referirte über die Bedeutung der Organisation und betonte, daß nur da, wo die Organisation fest gefügt und stark sei, auch höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit anzutreffen seien. Zum Schluß wurde aufgefördert, nur in solchen Lokalen der frommen Luthersstadt zu verkehren, die den Arbeitern auch zu Versammlungen offen stehen.

Literarisches.

Der neue Jahrgang 1900 der von der Buchhandlung Bornhäris herausgegebenen ebenso billigen wie guten und hübsch ausgestatteten Romanbibliothek In Freien Stunden (in 26 Seiten starken illustrierten Wochenheften von nur 10 Pf.) beginnt in dem soeben ausgegebenen Heft 1 den Abdruck eines der besten Romane des berühmten ungarischen Romanschriftstellers Maurus Jotai: „Das Erbe des Rabob“, in der Original-Übersetzung von L. Wechsler, mit Illustrationen des Pariser Malers Leop. Braun. Mit diesem Roman hält sich diese für Arbeiter besonders empfehlenswerthe Romanbibliothek auf der literarischen Höhe ihrer bisherigen Jahrgänge. Der neue Roman schildert uns in phantasievoller Spannung die Verlotterung und Blödsinnigkeit des faulenzenden ungarischen Magnatenthums, er kündigt aber auch schon das Erwachen des nationalen Bewußtseins und nationaler Pflichterfüllung an — der notwendigen Voraussetzung für das soziale Erwachen jedes Volkes. Und über dem ganzen Roman liegt der Sonnenschein prächtigen Humors und heiterer Satire ausgegossen. Besonders dürfen wir auch auf das kleine Feuilleton hinweisen, das in kleinen Skizzen, Novellen und Humoresken, in kulturgeschichtlichen und naturwissenschaftlichen Notizen eine Fülle des Interessanten bietet und unter „Witz und Scherz“ auch dem Humor eine kleine Gär anweist.

Wir bitten unsere Leser, dieser wirklich guten Romanbibliothek für ihre Frauen und Kinder in ihrer Familie eine Stätte zu bereiten an Stelle der oft so werthlosen bürgerlichen Unterhaltungsliteratur, die durchgängig theurer und schlechter ist als „In Freien Stunden.“

Alkohol-Genuß, Alkohol-Mißbrauch. Ein hygienisches Werthbüchlein für das arbeitende Volk von Dr. A. Grotjahn, Arzt in Berlin. Heft 8 der Sammlung Sassenbach. Preis 15 Pf. Verlag von Joh. Sassenbach, Berlin.

Als die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft jüngst in Hannover versammelt waren, gab es nach Erledigung der brennenden Fragen unter anderem auch zum ersten Male eine Debatte über die Alkoholfrage. Wenn es der Parteitag auch begreiflicher Weise ablehnen mußte, sich mit diesem Problem eingehender zu befassen, so bewiesen doch nicht weniger als drei Anträge, daß die bisherige Gleichgültigkeit gegenüber den Schäden des Mißbrauches alkoholischer Getränke geschunden ist, und die deutschen Arbeiter nach dem Vorgange der englischen und schweizerischen Arbeiterwelt dieser Frage die verdiente Aufmerksamkeit in Zukunft in höherem Maße schenken werden.

Das vorliegende Heft der Sammlung Sassenbach wird daher Allen willkommen sein, die sich über die Zulässigkeit des Genusses und die Vermeidung des Mißbrauches des Alkohols schnell und zutreffend unterrichten wollen. Der Verfasser hält sich von jeder bösen Moralpaukerei fern und verläßt niemals den Boden der nüchternen Wissenschaft. Jeder legt sich wohl einmal die Frage vor: Was muß ich thun, um die unleugbar angenehme Wirkung der alkoholischen Getränke genießen zu können, ohne doch der durch den Alkohol gesetzten Schädigungen der Gesundheit zu verfallen? Will er darauf eine präzise Antwort haben, so trinke er einen Seidel Bier weniger und esse sich für die so ersparten ganzen fünfzehn Pfennige obiges Heftchen.